

auch alle gemeinsam die Verpflichtung, solche Art von Gewalt in ihren Ansätzen und Ursachen zu bekämpfen. Das ist unsere Aufgabe, auch wenn wir wissen, daß diese Art von Gewalt nie ganz wird vermieden werden können, auch wenn es immer wieder möglich sein wird, daß solche Zwischenfälle eintreten.

Ich habe heute nacht - ich hoffe, auch mit Ihrem Einverständnis - sowohl als amtierender Präsident dieser Kammer wie natürlich auch als Mitglied meiner Sozialdemokratischen Partei an den Parteivorsitzenden der SPD unsere Betroffenheit zum Ausdruck gebracht und ihn gebeten, Genesungswünsche auch von uns an Herrn Oskar Lafontaine zu übermitteln.

(Beifall)

Ich danke Ihnen, daß Sie mir bei diesen beiden nachdenkswerten Punkten vor unserer offiziellen Tagesordnung zugehört haben.

Wir kommen jetzt zur Tagesordnung. Vielleicht darf ich zunächst sagen, daß dem Präsidium bis gestern Abend 18.00 Uhr keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vorgelegen haben. - Ich sehe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Ich will sie zulassen.

Dr. Friedrich (PDS):

Ein Antrag zur Ergänzung der heutigen Tagesordnung gemäß § 35 Abs. 3 und 4 der vorläufigen Geschäftsordnung: Wir meinen, daß wir auf Grund der Dringlichkeit der Neubildung demokratisch legitimer Bezirkstage von diesem Antragsrecht Gebrauch machen sollten. Wir haben bis gestern Abend 18.00 Uhr

frist- und formgemäß einen entsprechenden Antrag dem Präsidium vorgelegt. Er wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Kern sieht dieser Antrag vor, daß die Volkskammer durch Gesetz beschließen möge, daß die amtierenden Bezirkstage der DDR ihre Tätigkeit durch Beschluß bis zum 31. Mai 1990 beenden können, und daß wir eine Neubildung der Bezirkstage in der bisherigen zahlenmäßigen Stärke vorschlagen, indem aus den neu-gewählten Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der Stadtkreise nach einem Entscheidungs- und Proporzprinzip Vertreter in die neu zu konstituierenden Bezirkstage entsendet werden.

(Unruhe bei CDU/DA)

Wir wissen, daß dieser Antrag auf Grund der schwerwiegenden Problematik zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden soll. Wir meinen aber, daß die Zeit drängt, daß der Druck von der Basis, insbesondere von den örtlichen Volksvertretungen aller Ebenen, von der dort anzutreffenden Rechtsunsicherheit außerordentlich groß ist, so daß es angezeigt ist - und wir bestehen darauf -, daß dieser Tagesordnungspunkt heute mit behandelt wird. Wir meinen, daß ist insbesondere deshalb notwendig, weil die Länderbildung demokratisch vorstatten gehen soll und weil natürlich die kommunale Selbstverwaltung auch auf dieser Ebene demokratisch mit vorbereitet werden soll. - Danke.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Ich lese noch einmal den eben zitierten § 10 Abs. 2, um Sie auf eine gewisse Problematik aufmerksam zu machen. Da steht:

„Nach Eröffnung jeder Tagung kann vor Eintritt in die jeweilige Tagesordnung jeder Abgeordnete der Volkskammer eine Änderung der Tagesordnung beantragen, wenn dieser Antrag von mindestens 12 Abgeordneten unterstützt wird und bis spätestens 18.00 Uhr des Vortages dem Präsidenten vorgelegen hat.“

Hier ist die Frage, was mit „dieser Antrag“ gemeint ist. Nach der Interpretation, die mir aus der Erarbeitung dieser Geschäftsordnung in Erinnerung ist, handelt es sich darum, daß der Antrag auf Änderung der Tagesordnung nämlich auf Grund der Kenntnis der vorigen Tagesordnung schriftlich vorliegen muß. Wir haben in dieser Startphase des Hauses da manchmal anders entscheiden müssen. Ich will bloß auf die Problematik hinweisen und Sie davon unterrichten, daß das Präsidium dieses Thema gestern abend ausführlich diskutiert hat und der Meinung war, daß die Fraktionen dazu eine Vorbereitung brauchen, weil das Thema, das dahintersteht und das sich nicht so eng auf die Frage der Bezirkstage begrenzen läßt, einer gründlicheren Aussprache bedarf.

Nun ist dieser Antrag hier gestellt worden. Ich will keine Geschäftsordnungsspitzenfindigkeiten machen. Wir wissen, daß wir noch genauere Geschäftsordnungsbestimmungen brauchen. Ich frage, ob sich jetzt die Fraktionen - ich frage der Reihe nach - zu diesem Antrag auf Änderung der Tagesordnung äußern wollen. Daß sich das Präsidium gestern eine Meinung gebildet hat, habe ich bereits gesagt. Ich frage die Vertreter der CDU, ob sie etwas hinzufügen wollen? - Die DSU? - Die Liberalen? - Die Fraktion DBD/DFD? - Die PDS hat dazu geredet. Sie haben das ja eingebracht. Ich denke, das hat sich damit erledigt. - Das Bündnis 90/Grüne? - Auch nicht. Der Herr Ministerpräsident - er ist von mir aus gesehen in einem toten Winkel. Bitte schön! Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

De M a i z i è r e, Ministerpräsident:

Die Regierung plant, zu dieser Problematik in der nächsten Volkskammersitzung einen Gesetzentwurf einzubringen. Ich denke, wir sollten, wenn, dann die beiden Anträge zusammen behandeln.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Die SPD wünscht dazu das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab, ob dieser Antrag der Fraktion der PDS in die Tagesordnung dieser Volkskammertagung - und darum handelt es sich nur, für die nächste ist er vorgemerkt - aufgenommen werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist mit klarer Mehrheit der Antrag auf Veränderung der Tagesordnung abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung sehe ich nicht. Damit treten wir ein in die Beratung des Tagesordnungspunktes 1:

Antwort von Mitgliedern des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Aussprache über die Regierungserklärung auf der 4. Tagung der Volkskammer.

Wir haben zunächst eine Wortmeldung des Ministers für Verkehr. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

G i b t n e r, Minister für Verkehr:

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es ist mir eine Ehre, die Aussprache zu eröffnen. Ich bin vielleicht der erste Verkehrsminister der DDR, dem diese Ehre zuteil wird. Ich werte das als ein gutes Omen.

Ich habe mich auch darüber gefreut, daß in der Aussprache zur Regierungserklärung zwei Abgeordnete zu der Passage über die Verkehrspolitik Stellung bezogen haben. Gestatten Sie, daß ich dazu noch einige ergänzende Ausführungen mache.

Die Aussage des Herrn Abgeordneten Ringstorff von der SPD-Fraktion findet meine volle Zustimmung, daß das Verkehrswesen einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Umweltbelastungen leisten muß. Ich darf Ihnen sagen: Dieser Grundsatz ist Bestandteil meiner Verkehrspolitik, deren Ziel die Gestaltung eines ökonomischen, sicheren und ökologisch sowie sozial verträglichen Verkehrssystems ist, das die Mobilität der Gesellschaft und die Transportbedürfnisse der Wirtschaft sicherstellt. Dabei bildet die Modernisierung der Eisenbahn einen entscheidenden Schwerpunkt dieser Verkehrskonzeption.

Zur Modernisierung der Eisenbahn sind allein ca. 100 Mrd. M für einen längeren Zeitraum erforderlich. Dabei steht im Vordergrund die Verbesserung des Fahrweges der Eisenbahn, einschließlich der Brücken, und auch die Weiterführung der Elektrifizierung, die ja ein direkter Beitrag zur Senkung der Umweltbelastung ist.

Die damit im Zusammenhang stehenden Vorhaben wurden unter dem Grundgedanken betrachtet, insbesondere den engen Zusammenschluß der Eisenbahnnetze beider deutscher Staaten schnell zu gewährleisten.

Weitere Aufgaben sind die Modernisierung des Fahrzeugparks und der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur. Die Zielstellung ist, die Leistung der Eisenbahn im Personenverkehr insbesondere qualitativ zu verbessern (Pünktlichkeit, höhere Reisegeschwindigkeit, verbesserter Service) und im Güterverkehr ein den logistischen Anforderungen entsprechendes Angebot zu realisieren. Und für eine sinnvolle Arbeitsteilung der Verkehrsunternehmen Schiene und Straße werden wir sowohl die marktwirtschaftlichen als auch die ökologischen und ökonomischen Rahmenbedingungen schaffen. Wir sind dabei.